

EUROPA-FACHBUCHREIHE
für wirtschaftliche Bildung

Allgemeine Wirtschaftslehre der Kreditinstitute

kompetenzorientiert nach Lernfeldern

Engel Lüpertz Stumpf Devesa Durben

VERLAG EUROPA-LEHRMITTEL
Nourney, Vollmer GmbH & Co. KG
Düsselberger Straße 23
42781 Haan-Gruiten
Europa-Nr.: 72139



Verfasser:

Günter Engel, Massenbachhausen

Dr. Viktor Lüpertz, Oberried

Björn Stumpf, Stuttgart

unter Mitarbeit von

Michael Devesa, Bell

Petra Durben, Mendig

Lektorat:

Günter Engel, Massenbachhausen

Zeichenerklärung:



= Verweis auf die Begleit-CD des Lehrerhandbuches

1. Auflage 2015

Druck 5 4 3 2 1

Alle Drucke derselben Auflage sind parallel einsetzbar, da sie bis auf die Behebung von Druckfehlern untereinander unverändert sind.

ISBN 978-3-8085-7213-9

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der gesetzlich geregelten Fälle muss vom Verlag schriftlich genehmigt werden.

© 2015 by Verlag Europa-Lehrmittel, Nourney, Vollmer GmbH & Co. KG, 42781 Haan-Gruiten

<http://www.europa-lehrmittel.de>

Umschlag, Satz und Grafiken: Typework Layoutsatz & Grafik GmbH, 86167 Augsburg

Umschlagkonzept: tiff.any GmbH, 10999 Berlin

Umschlagfoto: © joyt – istockphoto.com

Druck: UAB BALTO print, 08217 Vilnius (LT)

Vorwort

Die „**Allgemeine Wirtschaftslehre der Kreditinstitute**“ ist ein Lehr- und Lernbuch, das Fachwissen durch **kompetenzorientierte Lernkontrollen** ergänzt.

Für welche Zielgruppe ist dieses Buch geeignet?

Das Buch stellt eine optimale Vorbereitung auf die Abschlussprüfung der Bankkaufleute dar, ohne dabei auch weiterführende und vertiefende Inhalte außer Acht zu lassen. Somit kann das Buch auch als Nachschlagewerk eingesetzt werden.

Woran orientiert sich der Inhalt des Buches?

Die Allgemeine Wirtschaftslehre der Kreditinstitute berücksichtigt die gültige Ausbildungsordnung Bankkaufmann/Bankkauffrau und den Rahmenlehrplan für den Ausbildungsberuf Bankkaufmann/Bankkauffrau der Kultusministerkonferenz der Länder sowie den Lehrplan zur Allgemeinen Wirtschaftslehre in Baden-Württemberg.

Nach Lernfeldern gegliedert!

Das Buch ist nach Lernfeldern gegliedert und behandelt die kompletten Lernfelder 1, 6 und 12 des Rahmenlehrplans. Dabei werden die Inhalte um die Lehrplaneinheiten des Lehrplans Baden-Württemberg ergänzt.

Detaillierte Gliederung und umfangreiches Stichwortverzeichnis!

Durch die detaillierte Gliederung und das umfangreiche Stichwortverzeichnis ist ein schnelles Auffinden der Inhalte möglich.

Sachdarstellung und zusammenfassende Übersichten

Zahlreiche Beispiele, Übersichten, Tabellen, Grafiken und Merksätze veranschaulichen und ergänzen die Sachtexte. Am Ende eines Kapitels dienen zusammenfassende Übersichten zur Darstellung der Strukturzusammenhänge. Die Zusammenfassungen liegen auch als PDF-Datei auf einer CD im Lehrerhandbuch vor. Diese CD enthält außerdem zusätzliche Materialien für den Unterricht. Aufgaben, für die Arbeitsblätter und andere Materialien auf der CD als PDF verfügbar sind, sind am Seitenrand mit einem CD-Symbol gekennzeichnet.

Lernkontrollen

Die Lernkontrollen am Ende der Kapitel ermöglichen eine Wiederholung und Durchdringung der Lerninhalte.

Die vorliegende 1. Auflage entspricht dem **Stand vom März 2015**.

Wir danken!

Wir danken unseren Auszubildenden, den Kreditinstituten, unseren Kolleginnen und Kollegen sowie Unternehmen, die uns freundlicherweise mit Anregungen und Materialien unterstützt haben.

Ihr Feedback ist uns wichtig!

Wir freuen uns auch weiterhin auf einen lebendigen Austausch und sind allen Lesern gegenüber offen für Anregungen, Kritik und Verbesserungsvorschläge. Wenn Sie mithelfen möchten, dieses Buch für die kommenden Auflagen zu verbessern, schreiben Sie uns unter: lektorat@europa-lehrmittel.de.

Juni 2015

Die Verfasser

A	Lernfeld 1: Privates und betriebliches Handeln am rechtlichen Bezugsrahmen ausrichten	17
1.1	Rechtsquellen, Rechtsordnung und Rechtsgebiete	17
1.1.1	Rechtsquellen	17
1.1.2	Aufbau der Rechtsordnung	18
1.1.3	Rechtsgebiete: Privates und öffentliches Recht	18
1.2	Rechtssubjekte	19
1.2.1	Rechtsfähigkeit	19
1.2.2	Geschäftsfähigkeit	21
1.2.3	Willenserklärung	22
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	24
1.3	Rechtsobjekte	26
1.3.1	Rechtsobjekte im Überblick	26
1.3.2	Eigentum und Besitz	26
1.4	Rechtsgeschäfte	27
1.4.1	Arten und Zustandekommen von Rechtsgeschäften	27
1.4.2	Vertragsfreiheit	28
1.4.3	Formenvorschriften	29
1.4.4	Eigentumsübertragung	30
1.4.5	Nichtigkeit und Anfechtbarkeit von Rechtsgeschäften und Willenserklärungen	31
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	34
1.5	Kaufvertrag	38
1.5.1	Anfrage	38
1.5.2	Angebot	38
1.5.3	Bestellung	40
1.5.4	Bestellungsannahme	40
1.5.5	Zustandekommen des Kaufvertrags	40
1.5.6	Pflichten der Vertragspartner und Erfüllung des Kaufvertrags	42
1.5.7	Inhalte des Kaufvertrags	42
1.5.8	Besonderheiten beim Abschluss von Kaufverträgen mit Verbrauchern	45
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	47
1.6	Störungen bei der Erfüllung von Kaufverträgen	48
1.6.1	Arten von Erfüllungsstörungen im Überblick	48
1.6.2	Schlechtleistung	48
1.6.2.1	Arten von Mängeln	48
1.6.2.2	Pflichten des Käufers bei Schlechtleistung	49
1.6.2.3	Rechte des Käufers bei Schlechtleistung	50
1.6.3	Nicht-Rechtzeitige-Lieferung und Lieferungsverzug	53

1.6.3.1	Abgrenzung Nicht-Rechtzeitige-Lieferung und Lieferungsverzug	53
1.6.3.2	Voraussetzungen	53
1.6.3.3	Rechte des Käufers beim Lieferungsverzug	55
1.6.3.4	Lieferungsverzug bei Fixgeschäft und Fixkauf	56
1.6.3.5	Ermittlung des Schadens	57
1.6.4	Nicht-Rechtzeitige-Zahlung und Zahlungsverzug	57
1.6.4.1	Abgrenzung Nicht-Rechtzeitige-Zahlung und Zahlungsverzug	57
1.6.4.2	Voraussetzungen	58
1.6.4.3	Rechte des Verkäufers	58
1.6.4.4	Ermittlung des Schadens	59
1.6.5	Annahmeverzug	59
1.6.5.1	Voraussetzungen	59
1.6.5.2	Rechte des Verkäufers	60
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	60
1.7	Weitere wichtige Vertragsarten	64
1.7.1	Überblick über wichtige Vertragsarten	64
1.7.2	Mietvertrag	65
1.7.3	Geschäftsbesorgungsvertrag	66
1.8	Vorschriften zum Verbraucherschutz	67
1.8.1	Allgemeine Geschäftsbedingungen	67
1.8.2	Fernabsatzvertrag	69
1.8.3	Verbraucherschutz bei außerhalb der Geschäftsräume geschlossenen Verträgen	70
1.8.4	Verbraucherschutz aufgrund der Preisangabenverordnung	71
1.8.5	Verbraucherschutz durch das Produkthaftungsgesetz	72
1.8.6	Schutzvorschriften bei Verbraucherkrediten	72
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	73
2	Handelsrechtliche Grundlagen einer Unternehmensgründung	74
2.1	Gründung eines Unternehmens	74
2.2	Handelsrechtliche Bestimmungen	76
2.2.1	Kaufmannseigenschaft	76
2.2.2	Firma	78
2.2.3	Handelsregister und weitere Register	80
2.2.4	Vollmachten nach dem HGB	82
2.2.4.1	Überblick über die handelsrechtlichen Vollmachten	82
2.2.4.2	Handlungsvollmacht	83
2.2.4.3	Prokura	83
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	84

3	Rechtsformen von Unternehmen	87
3.1	Überblick über die Rechtsformen von privatrechtlichen Unternehmen	87
3.2	Entscheidungskriterien für die Wahl der Rechtsform	87
3.3	Einzelunternehmung.	90
3.4	Personengesellschaften nach Handelsrecht	92
3.4.1	Offene Handelsgesellschaft	92
3.4.2	Kommanditgesellschaft.	95
3.5	Kapitalgesellschaften	98
3.5.1	Gesellschaft mit beschränkter Haftung.	98
3.5.2	Rechtsformverbindung am Beispiel der GmbH & Co. KG.	101
3.5.3	Aktiengesellschaft.	103
3.6	Genossenschaft	111
3.7	Sonstige Rechtsformen	113
3.7.1	Gesellschaft bürgerlichen Rechts.	113
3.7.2	Partnerschaftsgesellschaft	114
3.7.3	Verein.	116
3.7.4	Unternehmensformen des öffentlichen Rechts.	117
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	119
4	Rechtliche und soziale Rahmenbedingungen für Arbeitnehmer	127
4.1	Grundlagen des Arbeitsrechts	127
4.2	Individualarbeitsrecht.	127
4.2.1	Wesen von Arbeitsverträgen	127
4.2.2	Inhalt von Arbeitsverträgen	128
4.2.3	Dauer von Arbeitsverhältnissen.	130
4.2.4	Haupt- und Nebenpflichten aus Arbeitsverträgen.	130
4.2.4.1	Abgrenzung der Vertragspflichten	130
4.2.4.2	Hauptpflichten.	131
4.2.4.3	Nebenpflichten	132
4.2.5	Arbeitszeit	134
4.2.6	Arbeitszeitformen	134
4.2.6.1	Gleitende Arbeitszeit	134
4.2.6.2	Flexible Arbeitszeit	135
4.2.6.3	Teilzeitarbeit	136
4.2.6.4	Telearbeit.	137
4.2.7	Beendigung von Arbeitsverhältnissen.	138
4.2.7.1	Altersgrenze.	138
4.2.7.2	Aufhebungsvertrag	138
4.2.7.3	Kündigung	139

4.2.7.4	Probearbeitsverhältnis	142
4.2.8	Berufsausbildungsverhältnis	142
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	146
4.3	Schutzrechte für Arbeitsverhältnisse	154
4.3.1	Überblick	154
4.3.2	Soziale Schutzrechte	154
4.3.2.1	Kündigungsschutz	154
4.3.2.2	Jugendarbeitsschutz	159
4.3.2.3	Arbeitszeit	162
4.3.2.4	Mutterschutz	162
4.3.2.5	Elternzeit und Elterngeld	163
4.3.2.6	Schutz schwerbehinderter Menschen	165
4.3.2.7	Datenschutz	165
4.3.3	Technischer Arbeitsschutz	166
4.3.4	Arbeitsgerichtsbarkeit	167
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	168
4.4	Kollektives Arbeitsrecht	172
4.4.1	Möglichkeiten der kollektiven Mitbestimmung	172
4.4.1.1	Betriebsrat	173
4.4.1.2	Europäischer Betriebsrat	175
4.4.1.3	Jugend- und Auszubildendenvertretung	176
4.4.1.4	Betriebsvereinbarungen	176
4.4.1.5	Überblick über die innerbetriebliche Mitbestimmung im Rahmen des BetrVG.	177
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	178
4.4.2	Tarifvertragsrecht	181
4.4.2.1	Gesetzliche Grundlage und Koalitionsfreiheit	181
4.4.2.2	Tarifvertragsparteien	181
4.4.2.3	Tariffähigkeit	182
4.4.2.5	Tarifvertragsarten	182
4.4.2.6	Tarifbindung	183
4.4.2.7	Tarifverhandlung	184
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	186
4.5	Entlohnung für Arbeitszeit	188
4.5.1	Grundlagen	188
4.5.2	Entgeltssysteme	188
4.5.3	Gesetzlicher Lohnabzug	191
4.5.4	Entgeltabrechnung	192
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	194

4.6	Einkommensteuer	196
4.6.1	Grundlagen der Einkommensteuer	196
4.6.1.1	Einkommensteuerpflicht.	196
4.6.1.2	Steuererhebung.	196
4.6.1.3	Ermittlung des zu versteuernden Einkommens	197
4.6.1.4	Steuerschuld	201
4.6.2	Besteuerung der Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit	202
4.6.3	Besteuerung der Einkünfte aus Kapitalvermögen	203
4.6.3.1	Grundlagen der Besteuerung der Einkünfte aus Kapitalvermögen	203
4.6.3.2	Aufgaben der Kreditinstitute bei der Steuererhebung	204
4.6.4	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	205
4.6.5	Sonstige Einkünfte	206
4.6.6	Vorsorgeaufwendungen als Sonderausgaben	208
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	210
4.7	Soziale Sicherung	212
4.7.1	Wesen der Sozialversicherung	212
4.7.2	Gesetzliche Krankenversicherung.	214
4.7.2.1	Träger	214
4.7.2.2	Mitgliedschaft	214
4.7.2.3	Leistungen	215
4.7.2.4	Beiträge	216
4.7.3	Gesetzliche Pflegeversicherung.	217
4.7.3.1	Träger	217
4.7.3.2	Versicherungspflicht	218
4.7.3.3	Leistungen	218
4.7.3.4	Beiträge	219
4.7.4	Gesetzliche Rentenversicherung	219
4.7.4.1	Versicherungsträger	219
4.7.4.2	Versicherungspflicht	220
4.7.4.3	Beiträge	220
4.7.4.4	Leistungen	220
4.7.5	Gesetzliche Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderung.	223
4.7.5.1	Versicherungsträger	223
4.7.5.2	Versicherungspflicht	223
4.7.5.3	Beiträge	223
4.7.5.4	Leistungen	224
4.7.6	Gesetzliche Unfallversicherung.	225
4.7.6.1	Versicherungsträger	225
4.7.6.2	Versicherungspflicht	226
4.7.6.3	Beiträge	226
4.7.6.4	Leistungen	226

4.7.7	Bestimmungen für Geringverdiener	227
4.7.7.1	Kurzfristig Beschäftigte.	227
4.7.7.2	Geringfügig Beschäftigte (Minijob).	227
4.7.8	Staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge	228
4.7.9	Probleme der Sozialversicherung	229
4.7.10	Arbeitslosengeld II und sonstige soziale Sicherungen	230
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	233
5	Datenschutz und Datensicherheit	237
5.1	Abgrenzung	237
5.2	Datenschutz	237
5.2.1	Ziel des Datenschutzes	237
5.2.2	Wichtige Grundbegriffe des Bundesdatenschutzgesetzes.	237
5.2.3	Grundregeln des Bundesdatenschutzgesetzes und Rechte des Betroffenen	238
5.2.4	Technische Maßnahmen zur Umsetzung des Datenschutzes	239
5.2.5	Bestellung eines Datenschutzbeauftragten.	239
5.3	Datensicherheit	240
5.3.1	Begriff und Ziele der Datensicherheit	240
5.3.2	Bedrohungen	240
5.3.3	Maßnahmen zur Datensicherheit.	241
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	242
6	Durchsetzung arbeits-, sozial und privatrechtlicher Ansprüche	243
6.1	Gerichtsbarkeit in Deutschland	243
6.2	Arbeitsgerichtsbarkeit	244
6.3	Sozialgerichtsbarkeit.	245
6.4	Mahnwesen	245
6.4.1	Außergerichtliches Mahnwesen	245
6.4.2	Gerichtliches Mahnverfahren	246
6.5	Klageverfahren im Zivilprozess	250
6.6	Zwangsvollstreckung	252
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	253
6.7	Insolvenzverfahren für Unternehmen	255
6.7.1	Insolvenz	255
6.7.2	Ablauf eines Insolvenzverfahren für Unternehmen.	255
6.7.3	Insolvenzgeld.	259
6.8	Verbraucherinsolvenzverfahren.	259
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	261

6.9	Verjährung von Ansprüchen	263
6.9.1	Wesen der Verjährung	263
6.9.2	Beginn der Verjährung	263
6.9.3	Dauer der Verjährung	264
6.9.4	Hemmung der Verjährung	265
6.9.5	Neubeginn der Verjährung	265
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	266
7	Kommunikations- und Konfliktverhalten	268
7.1	Kommunikation und Kommunikationsstörungen	268
7.2	Feedback	269
7.3	Konfliktbewältigung	271
7.3.1	Konflikte	271
7.3.2	Konfliktlösungen	272
7.4	Grundregeln der Kommunikation	273
7.5	Kundenorientierter Gesprächsaufbau	274
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	275
B	Lernfeld 6: Modelle für Marktentscheidungen nutzen	276
1	Marketing der Kreditinstitute	276
1.1	Marktsituation der Kreditinstitute	276
1.2	Markt und Wettbewerb	278
1.3	Marketing und Marketingziele	278
1.4	Marktforschung	281
1.4.1	Marktanalyse und Marktbeobachtung	281
1.4.2	Sekundär- und Primärforschung	282
1.4.3	Messung des Marktanteils	283
1.5	Marktsegmentierung	284
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	286
1.6	Marketing-Instrumente	288
1.6.1	Produktpolitik	288
1.6.2	Preis- und Konditionenpolitik	291
1.6.3	Vertriebspolitik	293
1.6.4	Kommunikationspolitik	294
1.6.4.1	Werbung	295
1.6.4.2	Verkaufsförderung	297

1.6.4.3	Öffentlichkeitsarbeit	298
1.6.4.4	Sponsoring	298
1.6.4.5	Persönlicher Verkauf	298
1.6.5	Marketing-Mix	299
1.7	Marketing-Management	299
1.8	Cross-Selling	300
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	300
2	Grundlagen des Wirtschaftens	303
2.1	Motive für wirtschaftliches Handeln	303
2.1.1	Bedürfnisse und Güter	303
2.1.2	Güterknappheit als wirtschaftliches Grundproblem	305
2.1.3	Arten von Gütern	306
2.1.4	Ökonomisches Prinzip	307
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	308
2.2	Volkswirtschaftliche Produktionsfaktoren.	310
2.2.1	Einteilung der Produktionsfaktoren.	310
2.2.2	Natur als Produktionsfaktor	311
2.2.3	Arbeit und Arbeitsteilung.	312
2.2.4	Kapitalbildung und Investition.	314
2.2.5	Bildung (Humankapital)	316
2.2.6	Kombination der Produktionsfaktoren im Produktionsprozess	316
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	319
3	Wirtschaftsprozess als Geld- und Güterkreislauf	324
3.1	Geldwirtschaft als Folge der Arbeitsteilung	324
3.2	Wirtschaftliche Beziehungen zwischen Unternehmen und Haushalten.	326
3.3	Einfacher Wirtschaftskreislauf	328
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	329
4	Wirtschaftsordnung: Koordination wirtschaftlichen Handelns	332
4.1	Grundelemente einer Wirtschaftsordnung	332
4.2	Freie Marktwirtschaft als idealtypische Wirtschaftsordnung	334
4.2.1	Grundlagen einer freien Marktwirtschaft	334
4.2.2	Funktionsweise einer Marktwirtschaft: Preisfunktionen	335
4.2.3	Ordnungsrahmen einer freien Marktwirtschaft	338
4.2.4	Abweichung zwischen Modell und Realität marktwirtschaftlicher Ordnung	339
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	342

5	Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland: Soziale Marktwirtschaft	344
5.1	Ordnungspolitisches Leitbild der sozialen Marktwirtschaft	344
5.2	Ordnungsmerkmale der sozialen Marktwirtschaft.	345
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	348
6	Verhalten der Marktteilnehmer auf Wettbewerbsmärkten	349
6.1	Funktionen und Arten von Märkten	349
6.2	Verhalten der Nachfrager	351
6.2.1	Bestimmungsfaktoren der Nachfrage privater Haushalte	351
6.2.2	Abhängigkeit der Nachfrage eines Haushalts vom Preis des nachgefragten Gutes: Individuelle Nachfragekurve	352
6.2.3	Abhängigkeit der Nachfrage eines Haushalts von anderen Faktoren: Verschiebung der individuellen Nachfragekurve	354
6.2.4	Gesamtnachfragekurve und deren Verschiebung	356
6.2.5	Preiselastizität der Nachfrage	358
6.3	Verhalten der Anbieter	362
6.3.1	Bestimmungsfaktoren des Angebots privater Unternehmen.	362
6.3.2	Abhängigkeit des Angebots vom Preis des angebotenen Gutes: Angebotskurve	363
6.3.3	Abhängigkeit des Angebots von den Kosten des angebotenen Gutes.	365
6.3.4	Verschiebung der Angebotskurve	367
6.3.5	Preiselastizität des Angebots	369
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	370
7.	Preisbildung auf Wettbewerbsmärkten: Vollständige Konkurrenz	374
7.1	Zustandekommen und Eigenschaften des Gleichgewichtspreises	374
7.2	Börse als vollkommener Markt	378
7.3	Anpassungsprozesse bei Ungleichgewichten.	379
7.4	Änderung des Gleichgewichtspreises	381
7.5	Staatliche Eingriffe in die Preisbildung auf Wettbewerbsmärkten	383
7.5.1	Marktkonforme Maßnahmen	383
7.5.2	Marktkonträre Maßnahmen	385
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	388
8	Verhalten von Anbietern auf Märkten mit Marktmacht	392
8.1	Preisbildung beim Angebotsmonopol	392
8.1.1	Besonderheiten des Angebotsmonopols	392
8.1.2	Gewinnmaximum des Angebotsmonopolisten	394

8.1.3	Preisdifferenzierung des Angebotsmonopolisten	397
8.2	Monopolistischer Preisspielraum: Preisbildung beim Polypol auf dem unvollkommenen Markt	400
8.3	Verhaltensweisen der Anbieter beim Oligopol.	403
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	405
9	Kooperation und Konzentration von Unternehmen – Wettbewerbspolitik	410
9.1	Überblick	410
9.2	Formen der Kooperation.	411
9.2.1	Interessengemeinschaft und Konsortium	411
9.2.2	Kartelle	411
9.3	Formen der Konzentration	412
9.3.1	Beteiligungserwerb.	412
9.3.2	Konzern	412
9.3.3	Fusion	415
9.3.4	Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Konzentration	415
9.4	Ziele und Maßnahmen staatlicher Wettbewerbspolitik	416
9.4.1	Wettbewerbssicherung als staatliche Aufgabe	416
9.4.2	Wettbewerbspolitik	416
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	420
C	Lernfeld 12: Einflüsse der Wirtschaftspolitik beurteilen	423
1	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung: Ermittlung von Inlandsprodukt und Volkseinkommen	423
1.1	Sektoren im Wirtschaftskreislauf der Bundesrepublik Deutschland.	423
1.1.1	Überblick	423
1.1.2	Sektor Unternehmen.	423
1.1.3	Sektor private Haushalte	424
1.1.4	Sektor Staat	425
1.1.5	Sektor Ausland	425
1.1.6	Sektoren, Märkte und Geldströme einer Volkswirtschaft im Gesamtzusammenhang	426
1.2	Messgrößen der gesamtwirtschaftlichen Leistung: Das Inlandsprodukt	427
1.2.1	Gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung und Inlandsprodukt	427
1.2.2	Grundbegriffe der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	430
1.2.3	Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsrechnung	431

1.2.4	Nominales und reales Inlandsprodukt.	433
1.2.5	Kritik am Inlandsprodukt als Wohlstandsindikator	434
1.2.6	Soziale Indikatoren als Messgrößen für den Wohlstand	437
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	438
2	Grundlagen der Wirtschaftspolitik	442
2.1	Ziele der Wirtschaftspolitik.	442
2.2	Beziehungen zwischen den wirtschaftspolitischen Zielen.	447
2.3	Bereiche und Träger der Wirtschaftspolitik.	450
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	452
3	Geldpolitik und Preisniveau	454
3.1	Zusammenhang zwischen Geld- und Gütermenge	454
3.1.1	Ungleichgewicht zwischen Geld- und Gütermenge als Ursache für Inflation und Deflation	454
3.1.2	Quantitätsgleichung des Geldes (FISHERsche Verkehrsgleichung)	457
3.2	Geldarten und Geldmenge.	459
3.3	Geldschöpfung	461
3.3.1	Geldproduzenten.	461
3.3.2	Geldschöpfung der Zentralbank	461
3.3.3	Geldschöpfung einer einzelnen Geschäftsbank.	462
3.3.4	Geldschöpfung des gesamten Geschäftsbankensystems (Geldschöpfungsmultiplikator).	464
3.4	Binnenwert des Geldes.	466
3.4.1	Kaufkraft und Preisniveau	466
3.4.2	Messung des Preisniveaus: Verbraucherpreisindex	467
3.5	Ursachen und Auswirkungen von Geldwertminderung	472
3.5.1	Arten und Ursachen der Inflation	472
3.5.2	Inflationswirkungen	474
3.6	Deflation.	475
3.7	Träger der Geldpolitik: Das Europäische System der Zentralbanken (ESZB)	476
3.8	Geldpolitische Ziele und Instrumente des ESZB	479
3.8.1	Geldpolitische Strategie: Zwei-Säulen-Konzept.	479
3.8.2	Geldpolitische Instrumente im Überblick	480
3.8.3	Offenmarktpolitik	482
3.8.4	Ständige Fazilitäten	486
3.9	Geldpolitische Maßnahmen zur Erreichung wirtschaftspolitischer Ziele.	488
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	490

4	Wirtschaftspolitik zur Beeinflussung von Wachstum, Konjunktur und Wirtschaftsstruktur	500
4.1	Wirtschaftswachstum	500
4.1.1	Ziele der Wachstumspolitik	500
4.1.2	Grenzen des Wirtschaftswachstums	501
4.1.3	Qualitatives Wachstum und nachhaltige Entwicklung	502
4.2	Konjunkturelle Schwankungen	503
4.2.1	Konjunkturzyklen	503
4.2.2	Konjunkturindikatoren	506
4.2.3	Ziele der Konjunkturpolitik	507
4.3	Strukturpolitik	507
4.4	Wirtschaftspolitische Grundpositionen im Vergleich: Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik – Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik.	509
4.5	Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik	510
4.5.1	Ansatzpunkte einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik	510
4.5.2	Probleme und Kritik einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik	512
4.6	Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik	513
4.6.1	Ansatzpunkte einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik.	513
4.6.2	Probleme und Kritik einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik	515
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	516
5	Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik	522
5.1	Ausmaß und Struktur der Arbeitslosigkeit	522
5.2	Arten und Ursachen der Arbeitslosigkeit	524
5.3	Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	525
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	530
6	Umweltpolitik	533
6.1	Ursachen und Ausmaß der Umweltprobleme	533
6.2	Ziele und Prinzipien der Umweltpolitik	534
6.3	Instrumente der Umweltpolitik	537
6.3.1	Marktwirtschaftliche Lösung über den Preis: Umweltabgabe (Ökosteuer)	537
6.3.2	Marktwirtschaftliche Lösung über die Menge: Handel mit Verschmutzungsrechten	539
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	541

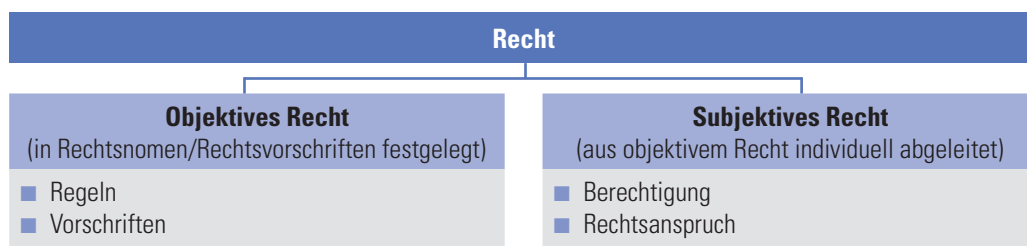
7	Sozial- und Verteilungspolitik	546
7.1	Einkommensentstehung – Einkommensverteilung – Einkommensumverteilung	546
7.2	Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland	549
7.3	Ziele, Ansatzpunkte und Maßnahmen der Sozial- und Verteilungspolitik	553
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	558
8	Außenwirtschaft	561
8.1	Außenwirtschaft und Zahlungsbilanz	561
8.2	System freier Wechselkurs	565
8.2.1	Kursbildung	565
8.2.2	Zusammenhang zwischen Wechselkurs und Außenhandel	571
8.3	Außenwirtschaftspolitische Maßnahmen	572
8.4	Internationale Organisationen zur Regelung außenwirtschaftlicher Beziehungen	574
	Zusammenfassung und Lernkontrolle	575
9	Europäische Union:	
	Von der nationalen zur europäischen Volkswirtschaft	580
9.1	Integrationsstufen und EU-Erweiterung	580
9.2	Ziele und Konstruktionsmängel der Europäischen Währungsunion (EWU)	583
9.3	Folgen der Euro-Einführung: Probleme in einigen Mitgliedsstaaten	584
9.4	Ansätze zur Lösung der Schuldenkrise im Euro-Raum	585
9.5	Beitrag der EZB zur Krisenbewältigung	587
9.6	Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)	590

A Lernfeld 1: Privates und betriebliches Handeln am rechtlichen Bezugsrahmen ausrichten

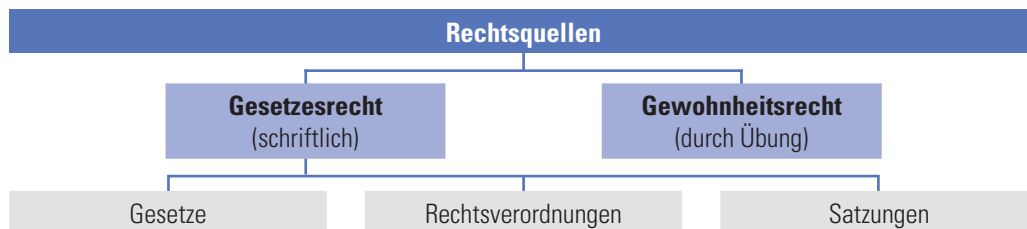
1.1 Rechtsquellen, Rechtsordnung und Rechtsgebiete

1.1.1 Rechtsquellen

Das Recht ordnet durch Gebote und Verbote das gesellschaftliche Leben und regelt die rechtlichen Beziehungen der Menschen eines Staates oder einer Staatengemeinschaft. Das Wort „Recht“ hat einen objektiven und einen subjektiven Sinn.



Rechtsvorschriften sind abstrakt, losgelöst von Einzelfällen, abgefasst. Neben dem schriftlich festgelegten Gesetzesrecht gibt es auch das Gewohnheitsrecht. Diese Rechtsnormen entstehen durch lang dauernde Übung und sind nicht schriftlich festgelegt.



Gesetze

Gesetze werden von den verfassungsrechtlich zuständigen Organen (Legislative) erlassen. Das Zustandekommen ist formal vorgeschrieben (z.B. Bundestagslesungen – Mitwirkung des Bundesrates – Veröffentlichung).

Rechtsverordnungen

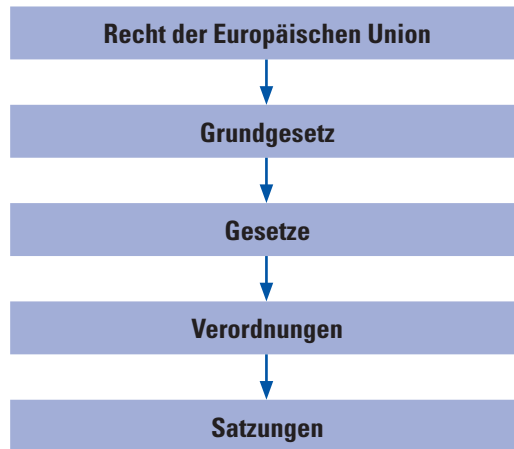
Im Gegensatz zu den Gesetzen werden Rechtsverordnungen durch die Exekutive (vollziehende Gewalt) erlassen (z.B. Straßenverkehrsordnung). Grundlage bildet auch hier ein Gesetz, das die Exekutive zum Erlass einer Rechtsverordnung für einen bestimmten Sachverhalt ermächtigt.

Satzung¹

Satzungen sind Rechtsnormen, die von einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie staatliche Verbände) zur Regelung ihrer Angelegenheiten erlassen werden. Satzungen bedürfen keiner speziellen gesetzlichen Ermächtigung. Sie sind Ausdruck einer vom Staat verliehenen Autonomie. Beispielsweise erlassen die Gemeinden ihre Haushaltssatzung, die Satzung für einen Bebauungsplan oder für die Müllabfuhr.

1.1.2 Aufbau der Rechtsordnung

Die Rechtsordnung ist hierarchisch gegliedert. Es gilt das Rangordnungsprinzip. Dies besagt, dass eine auf höherer Ebene angesiedelte Regel Vorrang hat vor einer niedriger eingestuften, schwächeren Regel. Das bedeutet, dass ein Gesetz in der Verfassung verankert sein muss und eine Verordnung im entsprechenden Gesetz. Eine Satzung muss den Verordnungen entsprechen.



1.1.3 Rechtsgebiete: Privates und öffentliches Recht

Die deutsche Rechtsordnung unterscheidet die Rechtsgebiete privates und öffentliches Recht.

Das **Privatrecht** (Zivilrecht, bürgerliches Recht) regelt die Beziehungen der Einzelnen zueinander. Die Beteiligten stehen sich gleichberechtigt gegenüber. Die Rechtsbeziehungen der Beteiligten sind freiwillig zustande gekommen.

Das **öffentliche Recht** regelt rechtliche Beziehungen des Einzelnen zum Staat sowie die Beziehungen der staatlichen Verbände untereinander. Der Staat ist dem Einzelnen gegenüber übergeordnet. Die Rechtsbeziehung zwischen Bürger und Staat wird vom Staat erzwungen.

¹ Satzungen als Rechtsnormen sind von den Satzungen juristischer Personen des privaten Rechts (z. B. Verein, Aktiengesellschaft) zu unterscheiden.

Beispiele	
Privates Recht	Öffentliches Recht
<ul style="list-style-type: none"> ■ Bürgerliches Recht ■ Mietrecht ■ Handelsrecht ■ Arbeitsrecht ■ Versicherungsrecht 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Staatsrecht (Verfassung, Grundgesetz, Staatsorganisationsrecht) ■ Verwaltungsrecht ■ Strafrecht ■ Steuerrecht ■ Prozessrecht (Zivilprozessrecht, Strafprozessrecht, Verwaltungsprozessrecht)

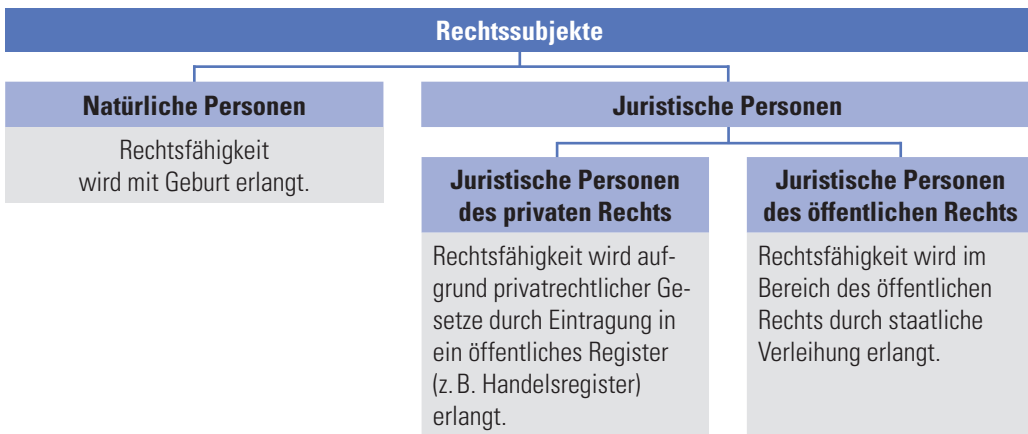
1.2 Rechtssubjekte

1.2.1 Rechtsfähigkeit

Rechtsfähigkeit ist die Fähigkeit von natürlichen und juristischen Personen, Träger von Rechten und Pflichten zu sein.

Rechtsfähige Personen (= Rechtssubjekte) können beispielsweise Eigentum erwerben, erben, klagen, verklagt werden sowie zur Zahlung von Steuern verpflichtet werden.

Rechtssubjekte sind alle Personen, die durch Rechtsordnung zu Pflichten berufen und mit Rechten ausgestattet werden können. Sie sind rechtsfähig. Sie können Träger von Rechten und Pflichten sein.



Natürliche Personen

Alle Menschen (= natürliche Personen) sind von Geburt bis zum Tod rechtsfähig, d. h. sie können Träger von Rechten und Pflichten sein.

BGB § 1

Bereits Kinder können beispielsweise Erbe eines Vermögens werden und somit auch erbschaftssteuerpflichtig sein. Die Steuer selbst zahlen jedoch die gesetzlichen Vertreter für das Kind. Kinder haben das Recht auf Schulbildung, gleichzeitig besteht für sie Schulpflicht.

Juristische Personen

Juristische Personen sind Rechtskonstrukte, die ihre Rechtsfähigkeit mit Eintragung in ein öffentliches Register erlangen und diese mit der Löschung aus diesem Register wieder verlieren.

Zum Beispiel erlangt eine GmbH von der Eintragung in das Handelsregister bis zur Löschung im Handelsregister die Rechtsfähigkeit. Juristische Personen können unter ihrem Namen am Rechtsverkehr teilnehmen, klagen und verklagt werden. Als Kunstgebilde fehlt ihnen die Fähigkeit durch Willenserklärungen am rechtsgeschäftlichen Verkehr teilzunehmen. Diese Fähigkeit haben nur natürliche Personen. Um auch juristische Personen zu Trägern von Rechten und Pflichten aus rechtsgeschäftlichen Erklärungen zu machen, benötigen sie Stellvertreter. Diese Stellvertreter können für die juristische Person rechtswirksam handeln, z. B. der Vorstand für eine AG oder die Geschäftsführer für eine GmbH.

Juristische Personen erlangen ihre Rechtsfähigkeit aufgrund eines privatrechtlichen Gesetzes mit Eintragung in ein öffentliches Register oder aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften durch Verleihung. Dementsprechend lassen sich juristische Personen des Privatrechts und des öffentlichen Rechts unterscheiden

siehe LF 1
Kap. 1.2.2

Juristische Personen	
juristische Personen des privaten Rechts	juristische Personen des öffentlichen Rechts
<p>privatrechtliche Körperschaften Organisationen, die vom Wechsel ihrer Mitglieder unabhängig sind, z. B.</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ eingetragener Verein (e.V.) ■ eingetragene Genossenschaft (e. G.) ■ Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ■ Aktiengesellschaft (AG) ■ Europäische Gesellschaft (Societas Europaea, SE) 	<p>Körperschaften des öffentlichen Rechts Organisationen, die vom Wechsel ihrer Mitglieder unabhängig sind, z. B.</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Gebietskörperschaften, wie Bund, Länder, Gemeinden ■ Personenkörperschaften, wie Universitäten, Industrie- und Handelskammern, Rechtsanwaltskammern
<p>privatrechtliche Stiftungen haben keinen personellen Bezug (also keine Mitglieder oder Benutzer), sind rechtlich verselbständigte Vermögensmassen, deren Erträge einem festgelegten Zweck dienen</p>	<p>Anstalten des öffentliche Rechts haben keine Mitglieder, sondern Benutzer z. B. Sparkassen, ARD</p>
<p>Sonderstellung: Personengesellschaften besitzen nur Teilrechtsfähigkeit</p>	<p>Stiftungen des öffentlichen Rechts Vermögensmassen, deren Erträge zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dienen, sie haben Nutznießer, z. B. Conterganstiftung, Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Stiftung Warentest</p>

siehe LF 1
Kap. 2

Personengesellschaften, wie die Gesellschaft des bürgerlichen Rechts, die Offene Handelsgesellschaft, die Kommanditgesellschaft und die Partnerschaftsgesellschaft haben keine eigene Rechtspersönlichkeit. Sie sind keine juristischen Personen, verfügen aber über eine eingeschränkte Rechtsfähigkeit.